

„OHNE ZUKUNFT KEINE KINDER – OHNE KINDER KEINE ZUKUNFT“

## **FAMILIENPOLITIK ALS GESELLSCHAFTSPOLITIK**

*Kinderbetreuung durch Eltern als Leistung zwischen Lust und Frust  
zum Nulltarif?*

### **I FAMILIE UND GESELLSCHAFT (S. 2/4)**

- 1) *Familie - Grundeinheit der Gesellschaft (S.2)*
- 2) *Familienpolitik - Grundlage der Gesellschaftspolitik (S.2)*
- 3) *Familienbeziehungen – Grundlage aller Beziehungserfahrungen (S.3/4)*
  - 31) *Familienerfahrungen (S.3)*
  - 32) *Familienbeziehungen ((S.3)*
  - 33) *BRD (S.4)*
- 4) *Familienpolitik: Wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik (S.4)*

### **II) FAMILIE – LEBENSENTWURF : gestern – heute - morgen (S.5/7)**

### **III) FAMILIENPOLITIK (S.7-23)**

- 1) *Familienförderung und Familiengründung (S.7/8)*
- 2) *Gründe für die relativ abnehmende Kinderzahl (S.8)*
- 3) *Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Familienpolitik (S.9/11)*
  - 31) *„Elternschaft“ als eigenständige Leistung für die Gesellschaft (S.9/10)*
  - 32) *„Echte“ Wahlfreiheit für die Kinderbetreuung (S.10/11)*
  - 33) *„Erziehungsgehalt“ als materielle Absicherung der Elternleistung (S.11)*
- 4) *Notwendiger Paradigmenwechsel in der Familienpolitik:  
Anerkennung der Leistung von Eltern (S.11/23)*
  - 41) *Die Familienpolitik der letzten Jahre (S.11/19)*
    - 411) *Elterngeld als Lohnersatzleistung (S.12/14)*
    - 412) *Der Ausbau der Kinderbetreuung, i. bes. v. Krippenplätzen(S.14/15)*
    - 413) *Das Betreuungsgeld (S.15/17)*
    - 414) *Elternschaft auf d. Prüfstand einer gesellschaftl. Bewertung (S.18/19)*
  - 42) *Kinderbetreuung und Kindererziehung mit Erziehungsgehalt (S.19/21)*
  - 43) *Kosten einer gesellschaftserhaltenden Familienpolitik (S.21)*
  - 44) *Das Doppelverdienermodell als Leitbild, mit Erziehungsgehalt (S.22/23)*

### **IV) ELTERN SCHAFT als „Beruf“ und mit „Beruf“ (S.23/26)**

## **I) FAMILIE UND GESELLSCHAFT**

### **1) Familie - Grundeinheit der Gesellschaft**

**„Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.“** (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 16/3)

**„ Die Familie ist die natürliche Kernzelle der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.** (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1966, Artikel 23)

**„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“**

(Grundgesetz der BRD, Artikel 6 (1))

**„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“** (Grundgesetz der BRD, Artikel 6 (2))

### **2) Familienpolitik - Grundlage der Gesellschaftspolitik**

**Die Familie** als biologische und/oder zumindest juristische „Gemeinschaft zwischen Eltern und ihren Kindern“ ist im wörtlichsten Sinne die Keimzelle einer Gesellschaft und insofern Grundlage für die Entwicklung dieser Gesellschaft. Familienpolitik ist deshalb auch immer wichtiger – je nach Entwicklung der Gesellschaft auch wichtigster – Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Die Bedeutung und Ausrichtung der Familienpolitik in einer Gesellschaft sagt Wesentliches darüber aus, wie politische und andere gesellschaftliche Institutionen Familienverhalten einschätzen, d.h. es erkennen und bewerten. Die Familie als Konstante im Leben zu betrachten und Kinder zu dauerhaften Bindungen zu ermutigen, ist auch im 21. Jahrhundert ein Gebot, auf das keine Gesellschaft verzichten kann (Horst W. Opaschowski, Das Mosesprinzip, 2006) Familie wird heute zwar in vielen verschiedenen Formen und oft an vielen Orten räumlich getrennt gelebt, bietet aber im Zweifel immer noch den stärksten erfahrbaren psychosozialen Rückhalt für Kinder zu ihren Eltern und Eltern zu ihren Kindern. Der 8. Familienbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2012 hat besonders herausgestellt, dass Familien mehr Zeit für ihr Zusammenleben brauchen, um diesen Rückhalt wachsen zu lassen und zu sichern, im Interesse aller Beteiligten und der Gesellschaft insgesamt. Mit Blick auf die Familienentwicklungen in Deutschland hat der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands seiner Denkschrift zur Familienpolitik den Untertitel „Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ (EKD, Zwischen Autonomie und Angewiesenheit, 2013) gegeben und Familienpolitik als „neue Form sozialer Politik“ ausgewiesen.

### **3) Familienbeziehungen - Grundlagen aller Beziehungserfahrungen**

**31) Die Familienerfahrungen**, die Kinder vor allem in der frühen Kindheit machen, prägen Kinder auch als Erwachsene lebenslang. Die Erfahrung von zuverlässigen Bindungen, Geborgenheit und Vertrauen gerade im Kleinkindalter geben der Entwicklung von Kindern bessere Chancen zu ihrer persönlichen individuellen und sozialen Entwicklung als durchorganisierte, unter Zeitdruck stehende und abgewickelte Tagesabläufe, in die Kinder oft auch gegen ihre einzelnen Bedürfnisse hineingeschoben werden. Kinderärzte und Kinderpsychologen bestätigen immer wieder die langfristigen Gefahren, die aus zu frühen Trennungsängsten und daraus resultierendem Vertrauensmangel in die Umwelt entstehen. Bindungstheorien auch in ihren modernsten Formen und viele Langzeitstudien weisen auf Schwierigkeiten vor allem in und aus der frühkindlichen Entwicklung hin. Ein Mangel an individueller emotionaler und zeitlicher Zuwendung führt oft zu langfristigen negativen Folgen für das soziale Verhalten und die soziale Kompetenz der späteren Erwachsenen. Entsprechende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben zeichnen sich schon heute ab, Verhaltensauffälligkeiten und betont egozentrische Orientierungen von jungen Menschen nehmen zu, wenn auch nicht nur aus den o.g. Gründen. Kinder sind abhängig von ihren Eltern, müssen sich an die Entscheidungen der Eltern anpassen und - ob bedürfnisgerecht oder nicht - das Beste daraus machen. Sie werden wesentlich von der Familie und den dort erfahrenen Werten geformt und geben sie meist auch weiter, eine Kettenreaktion. Welche Werte also Kindern vermittelt werden, ob im Elternhaus oder in anderen Umfeldern, wird das Wertesystem der Gesellschaft in den nächsten Generationen prägen.

**32) Familienbeziehungen** sind – allen einzelnen verschiedenen Formen des familiären Zusammenlebens zum Trotz – wohl auch heute noch der nachhaltigste „Kitt“ der Gesellschaft. Sie geben i. d.R. den größten Schutz und emotionalen Spielraum für persönliche Entwicklungen. Die Familie ist in diesem Sinne - im Vergleich zur Schul –und Arbeitswelt – meist der Ort größtmöglichen Vertrauens, größtmöglicher Verlässlichkeit, größtmöglicher Freiheit und größtmöglichen individuellen Rückzugs auf sich selbst. Familie ist außerdem bisher wesentlicher Ort des sozialen Lernens von viel Zusammenleben, Verantwortung, Rücksichtnahme und Kompromissbereitschaft „in der täglichen Praxis“ - je nach Vorbild mit positiver oder negativer Wirkung auf die Kinder.

Je mehr Menschen in einer Gesellschaft stabilisierende, emotional positive und verlässliche Erfahrungen in der Familie machen, desto mehr wird die Familie als „Kern - und Keimzelle“ für die Gesellschaft erstrebenswertes Lebenskonzept für die nächste Generation sein und tragende Funktionen haben können. Dies gilt für die quantitative Perspektive (Geburtenziffern), aber auch für die qualitative Perspektive (Wertesystem und Menschenbild der Zukunft ).

**33) In der BRD hat die Einführung der Konzepte Elternzeit/Elterngeld zumindest erste Einsichten zum Thema Schutz der kindlichen Entwicklung und langfristig Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung gezeigt**, wenn auch eher im Nebeneffekt. Denn das seit 1.1.2007 eingeführte Elterngeld, das das für jeden - in festgelegten Einkommensgrenzen - gleiche Erziehungsgeld von 300 Euro (Regelgeld)

über 2 Jahre abgelöst hat, ist in erster Linie auf den Wiedereinstieg eines Elternteiles in eine vorher ausgeübte Erwerbstätigkeit ausgerichtet und weniger auf die Intensivierung sicherer Bindungen im Kleinkindalter (s. u.). Aber gerade der Aufbau sicherer Bindungen vor allem im Kleinkindalter wird nicht nur von Kinderärzten immer wieder gefordert, sondern auch als zentrales Anliegen im letzten Familienbericht besonders betont.

#### **4) Familienpolitik: Wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik**

**Familienpolitik ist kurzfristig und langfristig betrachtet wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik, die Folgen verfehlter Familienpolitik sind unumkehrbar und generationenübergreifend. Die Rechte von Eltern zu schützen und ihre Pflichten den Kindern gegenüber zu überwachen, ist sicher zunächst das wichtigste Ziel. Langfristig müssen dabei aber Bedingungen geschaffen werden, die die gesamte Gesellschaft erhalten und ein konstruktives humanes Zusammenleben möglich machen. In einer rechtsstaatlich und freiheitlich orientierten Gesellschaft stehen ihre Mitglieder und die politischen Repräsentanten in wechselseitiger Abhängigkeit.** Politiker können auf die Dauer nicht an den Interessen ihrer Wähler vorbei regieren, die Wähler können Rahmenbedingungen ihres Lebens nicht kurzfristig ändern und stellen ihr Verhalten darauf ein. Der gesellschaftliche Prozess ist ein interdependenter Entwicklungsprozess im Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft. Er beruht einerseits auf Informationen, Überzeugungen, Erwartungen und Anpassungen an Vorgaben, die keineswegs nur rational bestimmt und oft auch nicht einmal eindeutig bestimmbar sind. Andererseits wird die gesellschaftliche Entwicklung mittel- und langfristig auch wesentlich beeinflusst von der Anpassung bzw. auch Nichtanpassung politischer Entscheidungsträger an veränderte Lebensbedingungen und Werte in der Bevölkerung. Ist die Diskrepanz zu groß, ist die Ineffektivität von politischen Maßnahmen entsprechend hoch.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in seinem Gutachten zur „**Gesamtevaluation aller ehe- und familienbezogenen Leistungen**“ (2013), das vom Familienministerium in Auftrag gegeben worden ist, zwar „festgestellt“, dass die Familienpolitik der letzten Jahrzehnte wenig erfolgreich war und warum. Die Kriterien des ZEW sind weitgehend an wirtschaftlichen Interessen der Familie (materielle Sicherheit unter den gegebenen und erwarteten Bedingungen) und der Gesellschaft (Wirtschaftswachstum) ausgerichtet und weniger an der sozialen Bedeutung von Familien für die Gesellschaftsentwicklung. Mit der Bewertung der Familienpolitik aus vorrangig wirtschaftswissenschaftlicher Sicht kann dieses Gutachten weder eine quantitativ noch qualitativ differenziertes Ergebnis für eine „Gesamtevaluation“ der Wirksamkeit von Familienpolitik sein.

## **II) FAMILIE:- LEBENSENTWURF - gestern – heute - morgen**

**Ehe und Familie galten früher für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft aus vielen verschiedenen Gründen als selbstverständlich für ein ausgefülltes Leben. Dabei spielten tradierte Rollenteilungen, ethische und soziale Normen sowie Kontrollmechanismen und ungleiche Bildungschancen von Männern und Frauen eine besonders große Rolle.** „Kinder haben Leute sowieso“, diese These von Konrad Adenauer (1957) wurde zu einer wichtigen Hypothese unseres Sozialsystems, i. bes. des Rentensystems nach dem Umlageverfahren. Kinder haben Leute eben nicht mehr sowieso, sie mögen zwar für viele wünschenswert sein, aber sie können heute nach Zeitpunkt und Zahl dank medizinischer und technischer Entwicklung besser geplant werden als je zuvor in der Geschichte. Und sie werden auch „besser“ i. S. der Umsetzung von individuellen und differenzierten Lebensentwürfen geplant, wie die Geburtenentwicklung zeigt.

**Eine weitgehend erfolgreiche Familienplanung hat die Zahl der Kinder und damit die Erhaltung unserer Gesellschaft grundlegend verändert.** Die Geburtenraten sinken seit Jahrzehnten; der Schutz von Ehe und Familie wird zwar weiterhin vom Grundgesetz garantiert; aber viele junge Menschen halten Ehe und Familie offensichtlich - im Vergleich zu anderen Lebensentwürfen - für nicht tragend genug und nicht ausreichend attraktiv. Oft wird gerade die juristische Form der Ehe umgangen zugunsten informeller und flexiblerer Lösungsmodelle von Paarbeziehungen, auch zu Lasten materieller Vorteile, die das Steuerrecht und Familienrecht bietet (Prioritätenverschiebung). Ökonomische und soziale Unsicherheiten, das Streben nach größerer individueller Eigenständigkeit und ein ausgeprägtes Kostenbewusstsein für die Bildung auch der nächsten Generation machen es eher unwahrscheinlich, dass sich mehr Menschen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen wieder für deutlich mehr Kinder entscheiden.

**Deshalb muss in der Familienpolitik ein radikales Umdenken über die materielle und immaterielle Bewertung der Leistung von Eltern für die Gesellschaft stattfinden. Die Rahmenbedingungen für Familiengründungen müssen für junge Menschen attraktiv genug sein, um sich trotz konkurrierender Lebensentwürfe „für Kinder“ und nicht „gegen Kinder“ oder für nur „wenige Kinder“ zu entscheiden.**

**Die kontroverse Diskussion über ein sog. „Betreuungsgeld“ von 100 (150 Euro ab 1.8.2014) im Monat für die Eigenbetreuung (genau genommen selbst organisierte Betreuung) für das 2. und 3. Lebensjahr nach Ablauf der Elterngeldzeit(s.u.) zeigt deutlich, dass die Einsicht über die gesellschaftspolitische Bedeutung der Entscheidung für Elternschaft und Elternleistung einfach nicht vorhanden ist.** Die auch nach der Einführung des Betreuungsgeldes durchgängig ablehnende Haltung quer durch die Parteien und in weiten Teilen der Bevölkerung schon bei einem so niedrigen Betreuungsgeld zeigt die geringe Wertschätzung von Elternleistungen in unserer Gesellschaft. Das ist für junge Menschen wenig ermutigend, Familien zu gründen und sich außerdem einige Jahre „selbst“ im Sinne familienindividueller Betreuung um die Kinder zu kümmern. Die möglichst schnelle Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Fremdbetreuung auch in der frühen Kindheit scheint - auch wenn ein Kitaplatz für die Gesellschaft durchschnittlich ca. 1000 Euro im Monat

kostet - der frühkindlichen Eigenbetreuung den Rang abzulaufen - und dies unabhängig von den späteren Folgen für Kind, Eltern und Gesellschaft.

**Die quantitative und qualitative Aushöhlung der Familie als „soziale Institution“ und der Familienbeziehungen als „sozialer Kitt“ durch eine zunehmende Umwertung des traditionellen Wertes „Familie“ droht zu sozialem Sprengstoff für die Zukunft zu werden und alle Bereiche von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu erfassen. Familiengründung steht heute mehr denn je in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen. In einer liberal orientierten Gesellschaft entscheiden ihre einzelnen Mitglieder über ihre Lebenskonzepte innerhalb von vorhandenen und erwarteten Rahmenbedingungen. Dabei können die Rahmenbedingungen motivierend oder demotivierend sein. In jedem Fall bestimmen die gegebenen familienpolitischen Rahmenbedingungen wesentlich die Zukunft unserer Gesellschaft, ihre Zusammensetzung, ihr Menschenbild, ihr Wertgefüge und ihren Standort in der internationalen Völkergemeinschaft.**

**Ausdruck der Skepsis gegenüber Familiengründungen sind Fragen wie:**

Lohnt es sich, Kinder in diese Welt zu setzen, lohnt es sich für mich? Welches sind die Alternativen und wenn Kinder, kann ich sie finanzieren, kann ich sie so gut finanzieren, dass sie einen „guten Start“ ins Leben und in diese Gesellschaft haben? Wie sind die Lebensbedingungen für alle Beteiligten, wenn eine Partnerschaft nicht hält, bei einer Scheidungsquote von 40 – 60 %, die Trennungsquote ohne Scheidung von Eltern in informellen Beziehungen nicht eingeschlossen?! Was wird aus der Familie, wenn ein Elternteil die Mitverantwortung nicht mehr tragen kann und/oder will, wegen Tod, Krankheit, Arbeitsplatzverlust oder aus anderen Gründen? In unserer gut informierten, gut gebildeten und aufgeklärten „mündigen“ Gesellschaft ist die Risikobereitschaft bei Gründungen von Familien auf dem Rückzug. Familiengründung ist heute immer weniger selbstverständlich und „natürlich“, sondern Ausdruck bewusster Entscheidung. Männer und Frauen sind formal gleichberechtigt, mit im Prinzip gleichen Bildungs- und Berufschancen und sind in jeder Hinsicht nicht mehr so aufeinander angewiesen wie früher. Sozialstaat, technischer Fortschritt, wachsende Konsumorientierung und mehr Bildung in breiten Bevölkerungsschichten haben zu mehr Streben nach persönlicher Unabhängigkeit, nach mehr Freiheit in Beziehungen und nach mehr Wahlfreiheit für verschiedene Lebensmöglichkeiten mit weniger persönlicher Verantwortung geführt. Umfragen bestätigen das immer wieder.

**Auf dem Hintergrund der wachsenden Individualisierung des Lebens in unserer Gesellschaft hat die Familienpolitik heute andere Aufgaben als früher. Der materielle Aspekt bei einer Familiengründung hat zwar nicht immer das allein entscheidende Gewicht, darf aber nicht unterschätzt werden. Denn es geht dabei nicht nur um die Kosten für Kinder, sondern auch um den gewollten und möglichen Lebensstandard der Eltern im Vergleich zu kinderlosem Leben. Sinnstiftende „Lust“ an Familienleben steht in Konkurrenz mit „Frust“ über individuelle und gesellschaftliche Erfahrungen mit Familien. Familienpolitik heute muss deshalb „Lust“ auf Kinder fördern und „Frust“ bei Familien und Kindern durch Diskriminierung abbauen, Familien müssen aufgewertet und nicht abgewertet werden. Unsere Gesellschaft gilt als zunehmend kinderfeindlich; je weniger Kinder aber geboren und praktisch erlebt werden, desto fremder werden Kinder für ihre Umwelt wahrgenommen, desto mehr gelten sie als Störfaktoren.**

**ELTERN SCHAFT ist auch heute noch eine „riskante Lebensform“ (D. Thomä), trotz aller Förderung, allen Glücks mit Kindern und aller Zuversicht in Familie!**

**ELTERN SCHAFT ist gelebte Verantwortung, gilt lebenslang und ist - zumindest biologisch betrachtet - nicht auswechselbar.**

**ELTERN SCHAFT entwickelt ein hohes Bindungspotential in Menschen und Verantwortungsbewusstsein für Menschen.**

**ELTERN SCHAFT ist in jeder Hinsicht Impulsgeber für die quantitative und qualitative Entwicklung einer Gesellschaft, ihr Vorbild ist wertebestimmend.**

### **KEINE GESELLSCHAFT**

sollte es sich deshalb erlauben können, dieses Potential ihrer Mitglieder nicht mit allen Mitteln zu fördern, vor allem nicht nur unter den Gesichtspunkten einer wachsenden Wirtschaft. Soziale und kulturelle Werte stehen in Konkurrenz dazu, gesamtgesellschaftlich und individuell. Vor allem in sogenannten „Wohlstandsgesellschaften“ können materieller Wohlstand und immaterielles Wohlbefinden zunehmend abgewogen werden nach verschiedenen Bewertungen von Lebensqualität.

## **III) FAMILIENPOLITIK**

### **1) Familienpolitik und Familienförderung**

**Familienpolitik in einem Land mit deutlich abnehmender relativer Kinderzahl muss also auf wirksame Anreize zur Familiengründung** ausgerichtet sein. Denn die Gesellschaft hat ein existentielles Interesse an ihrem Fortbestand. Eine zum Erhalt der Gesellschaft ausreichende Kinderzahl ist deshalb gesellschaftspolitisch dringend und überlebensnotwendig.

Eine anhaltend zu niedrige Geburtenrate in unserer Gesellschaft ist kein Naturgesetz, sondern Ausdruck von heute mehr denn je „freiwilligen“ Entscheidungen einzelner Menschen zur Familienplanung. Kinder sind nicht nur Glücksbringer, sondern verursachen - auf materieller Ebene - auch erhebliche Kosten. Verschiedene Studien gehen - je nach Hypothesen - von einem Gesamtbetrag von deutlich mehr als 100.000 Euro pro Kind aus (Statistisches Bundesamt: ca. 120.000 Euro durchschnittlich, Daten 2006), die von Eltern bis zum 18. Lebensjahr aufzuwenden sind. Bis ein Kind selbstständig in der Gesellschaft überleben kann, müssen weitere Kosten für die Berufsausbildung - meist auch von den Eltern – übernommen werden. Die Kosten im einzelnen hängen von den Lebensmöglichkeiten im sozialen Umfeld, von der Gesundheit, Bildung und Ausbildung eines Kindes ab. Zukunftserwartungen der Eltern für sich selbst und für ihre Kinder über wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen spielen für die „Entscheidung“ über eine Familiengründung eine große Rolle. Zunehmende Individualisierung und Streben nach Unabhängigkeit konkurrieren in unserer Gesellschaft mit Anpassung und Übernahme von sozialer

Verantwortung, wie sie in Familien notwendig sind. Die von vielen jungen Menschen wahrgenommenen „kinderfeindlichen“ und demotivierenden Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tragen mit Sicherheit nicht zu einer positiveren Haltung und Zukunftseinschätzung für Familienleben und Familienförderung bei.

## **2) Gründe für die relativ abnehmende Kinderzahl**

**Familienpolitik muss sich in einer liberalen Gesellschaft an den Gründen orientieren, die von potentiellen künftigen Eltern für die abnehmende Kinderzahl geltend gemacht werden.**

**Dazu zählen einerseits materielle Gesichtspunkte** wie Einkommenshöhe, Einkommenssicherheit, Arbeitsbedingungen, Arbeitsmarktstrukturen, soziale Sicherheiten heute und morgen. Die hohe Lebenserwartung in unserer Gesellschaft macht außerdem besondere zusätzliche Alterssicherungen notwendig, die mit relativ abnehmender Kinderzahl und gleichbleibendem Rentensystem (Umlageverfahren) immer höher werden. Das wiederum führt zu zunehmenden Belastungen im berufsaktiven Alter und zu weiter abnehmender Kinderzahl mit entsprechend hohen Kosten für die Altersvorsorge. Viele Studien zeigen, dass über die Hälfte der Menschen in unserer Gesellschaft wegen der hohen Kosten für Kinder, wegen Schwierigkeiten bei einer befriedigenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Karriereprobleme keine Familie gründen wollen (z. B. Stiftung für Zukunftsfragen, Forschung aktuell, Nr. 248, 1.8.2013). Das neue Ideal für die Zukunft scheint immer mehr die Doppelverdienerfamilie zu werden (Horst W. Opaschowski/ Presseinformation Ipsos, Februar 2013); Die Fokussierung der Familienpolitik auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt diesem neuen Leitbild - offenbar unabhängig von den tatsächlichen Gründen für dieses Leitbild – sehr entgegen.

**Dazu zählen andererseits aber auch immaterielle Gesichtspunkte** wie konkurrierende Lebensentwürfe, die Einschätzung von sozialen Abhängigkeiten und Flexibilität in der Lebensgestaltung. Bei einer Scheidungsquote von 40% - 60% , der zunehmenden Auflösung der formaljuristischen Ehe zugunsten eines informellen Zusammenlebens von Paaren und einem mehrfach verschärften Unterhaltsrecht der überwiegend Erziehenden (meist Frauen) kann die Zuversicht in die wirksamere Förderung von Familien nicht wachsen. Zukunftsaussichten werden in einer immer besser informierten Gesellschaft immer kritischer wahrgenommen und in den Lebensentwurf einbezogen. Dazu tragen auch größere Bildung und Ausbildung bei, die Medien und nicht zuletzt auch die wachsende Digitalisierung von Information und Kommunikation.

**Familienpolitik muss deshalb realitätsnah und zukunftsorientiert sein. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen, die die Zukunftsaussichten von Eltern für sich und ihre Kinder attraktiv genug machen, um die „Risikoeinschätzung Familie“ von vielen jungen Menschen zu reduzieren und so die Geburtenrate, die zur Zeit bei 1,3 bis 1,4 liegt, letztlich noch anzuheben. Der Wunsch nach Kindern ist immer noch höher als die tatsächlich geborenen Kinder, auch das zeigen Umfragen.**



Die abnehmenden Geburtenraten in Gesellschaften mit steigendem Wohlstand und steigender Bildung - auf der Basis freiwilliger Entscheidungen für oder gegen Kinder - sprechen weltweit eine deutliche Sprache gegen die „Natürlichkeit“ von Familiengründungen. Zur „Natur“ des Menschen zählt eben auch seine Fähigkeit, auf dem Hintergrund seines kulturellen Umfeldes selbst zu denken, zu entscheiden und zu handeln. Insofern kann – in diesem Sinne - die abwägende Familienplanung als für den Menschen durchaus auch als „natürlich“ angesehen werden, über den biologischen Ansatz hinaus. Deshalb ist Familiengründung heute eben nur „bedingt natürlich“, vor allem in sog. „aufgeklärten“ Wohlstandsgesellschaften.

### **3) Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Familienpolitik:**

#### **31) Elternschaft als eigenständige Leistung für die Gesellschaft**

Elternschaft ist zunächst sinnstiftend und emotional anstiftend für die Eltern selbst, aber auch wichtig für die Gesellschaft insgesamt (s.o.). Sie ist zweifelsfrei auch eine „riskante“ Lebensform (D. Thomä) für alle Beteiligten, da Elternschaft juristisch, wirtschaftlich und emotional unumkehrbar und oft mit sozialen Existenzrisiken und großen Einschränkungen verbunden ist. In einer Kosten-Nutzen-Analyse würde der „Nutzen“ zwar nicht quantifizierbar sein, aber die „Kosten“ - inklusive der indirekten Kosten für entgangene Einkommensmöglichkeiten als Folge von Familienarbeit.

**Die Elternleistung für ihre Kinder ist zunächst die heute meist freiwillige Übernahme von Verantwortung für neues Leben.** Sie ist verbunden mit Glück, Freude, aber oft auch Sorgen und großem organisatorischen und finanziellen Aufwand. Elternleistung schließt über viele Jahre die Wahrnehmung von Elternrechten und Elternpflichten mit „gesellschaftlicher Kontrolle“ durch Gesetze und Verordnungen ein. (Grundgesetz, Art. 6)

**Elternleistung besteht zunächst vor allem in der Kindererziehung und Kinderbetreuung.** Eltern sind lange die Vertreter ihrer Kinder, sie treffen Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten ihrer Kinder auf der Basis von Überzeugungen und Informationen. Je „besser und sorgfältiger“ Kindererziehung und Kinderbetreuung sind, desto weniger Folgekosten wird die Gesellschaft tragen müssen. Dabei sind die einzelnen Inhalte der Kindererziehung und Kinderbetreuung keineswegs unumstritten. Sie sind kulturbedingt und folgen entsprechend einem gewissen Grundkonsens in der Gesellschaft. Dieser Grundkonsens wird durch Tradition, Information, Wissenschaft und Wissen bei den Eltern hergestellt und unterliegt mittelfristig auch einem Wandel; die Vielfalt der Wertevorstellungen garantiert vielfältige Entwicklungen von Kindern. Darüber hinaus greift der Staat auch direkt in die Erziehung ein, wie z. B. mit der Schulpflicht.

**Elternleistung besteht aber auch darin, individuelle Risiken für sich und die Kinder zu tragen, wirtschaftlich, sozial, emotional – und auch juristisch die Verantwortung dafür zu übernehmen (s. o.). Gesellschaftliche Institutionen treten im Ernstfall nur sehr begrenzt ein.**

Die Elternleistung ist für die Kinder umso nachhaltiger, je stärker die Betreuung von Kindern an den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder selbst ausgerichtet ist („Kindeswohl“). Die Bedürfnisse von Kindern sind zwar in verschiedenen Lebensphasen und auch individuell sehr verschieden. Sie werden außerdem auch von den Erziehern selbst und in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft unterschiedlich gewertet, z. B. „Bindung vor Bildung“ oder umgekehrt. Unstrittig in Theorie und Praxis ist aber, dass gerade Kleinkinder besonders stabile persönliche Beziehungen benötigen, um Sicherheit zu erfahren, Vertrauen in die Umwelt und Bindungsfähigkeit zu entwickeln. Es muss davon ausgegangen werden, dass Eltern in der Regel am Wohl ihrer Kinder am meisten interessiert sind und sich entsprechend auch am meisten für die Entwicklung ihrer Kinder einsetzen. Denn Kinder haben meist keine andere Lobby als ihre Eltern, sie sind abhängig von ihren Lebensbedingungen und Bewertungen. .

**Deshalb sollten Eltern gerade in der frühkindlichen Phase von Kindern eine besonders starke Stellung bei der Entwicklung ihrer Kinder möglich gemacht werden. Die Qualität der Kinderbetreuung in jedem Alter, aber gerade für Kleinkinder, hat nachhaltige Folgen für Familie und Gesellschaft, mittelfristig und langfristig Kosten von psychischen und sozial unverträglichen Störungen eingeschlossen.**

### **32) „Echte“ Wahlfreiheit der Eltern für die Kinderbetreuung (Eigen –und /oder Fremdbetreuung)**

**Echte Wahlfreiheit ist nur dann vorhanden, wenn es gleichwertige Alternativen gibt.** In einer liberalen Gesellschaft, in der heute die Entscheidung für oder gegen Familie „frei“ getroffen werden kann, muss auch die Entscheidung über die Art der Kinderbetreuung zumindest in Grenzen frei wählbar sein, denn beides hängt eng zusammen. Eltern, die ihre Kinder zumindest in den ersten Lebensjahren selbst oder familienindividuell selbst organisiert betreuen wollen, sollten dies auch dürfen und nicht an materiellen Hürden und/oder inflexibler externer Kinderbetreuung scheitern. Der Kostendruck, der durch die direkten Aufwendungen für Kinder, aber auch durch das Risiko von Arbeitsplatz/Einkommen nach 1 Jahr bei der geltenden Regelung des Elterngeldes (s. u.) entsteht, verhindert oder erschwert echte Wahlfreiheit. Viele Eltern können sich weder den Einkommensverzicht noch das Arbeitsmarktrisiko leisten. Denn der Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit ist zumindest in unserer Gesellschaft in der Praxis weitaus problematischer als es der formale Rechtsanspruch auf eine Wiederbeschäftigung zunächst vermuten lässt. Auch das zeigen unzählige Berichte.

Viele Eltern sind nach wie vor davon überzeugt und wünschen es sich aus originären emotionalen Interessen, dass **gerade Kleinkinder bis zu ca. 3 Jahren für eine gesunde, auch soziale, psychisch und geistig gesunde Entwicklung, stressfreie und vertrauensbildende Lebensbedingungen mit möglichst konstanten Umfeldern und Bezugspersonen brauchen.** Etliche Studien – auch Langzeitstudien – weisen darauf hin, Kinderärzte und Psychologen bestätigen dies. Ein Mangel an sicherer frühkindlicher Bindung, an Geborgenheit und auch oft wiederholter Stress, z. B. Trennungsstress oder Unsicherheiten in großen Gruppen, führen oft zu erheblichen späteren Störungen bei Kindern, deren Folgen von den Familien und der Gesellschaft getragen werden müssen. Die immer differenziertere Bindungsforschung bestätigt ebenso wie die Hirnforschung, dass gerade die ersten Lebensjahre für die

Entwicklung der Bindungsfähigkeiten und sozialen Kompetenzen besonders wichtig und grundlegend sind, auch für die kognitiven Fähigkeiten, die sich überwiegend erst später entwickeln.

### **33) „ERZIEHUNGSGEHALT“ als materielle Absicherung der Elternleistung**

**Ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt für die Elternleistung bei der Betreuung und Erziehung der Kinder kann die materiellen Risiken von Eltern in Gegenwart und Zukunft besser absichern, wenn auch nicht ganz aufheben.**

Eigenbetreuung, auch zeitweilige Eigenbetreuung, ohne soziale Absicherung bedeutet weniger Einkommen, mehr Arbeitsmarktrisiko (Wiedereinstieg), weniger Vorsorge für das Alter (Sozialversicherung) und mehr Familienabhängigkeiten (Umsetzung von Rollenbildern, Unterhaltsansprüche bei Auflösung von Familien), also insgesamt eher wenig Motivation, Familien zu gründen und das „Armutrisiko“ für heute und/oder morgen einzugehen.

**Die Zahlung eines sozialversicherungspflichtigen „Erziehungsgehaltes“ an alle Eltern zur freien Verwendung für Eigen- oder Fremdbetreuung ist eine konsequente Anerkennung der Leistung von Eltern für ihre Kinder und für die Gesellschaft; es ermöglicht mehr „echte“ Wahlfreiheit zugunsten eines von den Eltern selbst bestimmbareren „Familienwohls“. Die natürliche Verbindung von Eltern zu ihren Kindern gerade in den ersten Lebensjahren der Kinder wird gefördert, das Schutzbedürfnis und die Hilfsbereitschaft der Eltern werden aktiviert und ein stressfreieres familiäres Zusammenleben gerade für Kleinkinder und mit Kleinkindern wird begünstigt. In einer Gesellschaft, die Eltern in die Verantwortung für ihre Kinder nimmt, müssen auch „echte“ Wahlfreiheiten bei der Art der Übernahme von Verantwortung vorhanden sein. Denn Übernahme von Verantwortung setzt „Freiheit“ voraus, nicht nur bei der Familiengründung, sondern auch bei den Folgen für Familien und Gesellschaft. Nach der Frage „Freiheit wovon“ gibt es heute in unserer liberalen Gesellschaft auf die Frage „Freiheit wozu“ mehr wählbare Antworten und verschiedene Lebensentwürfe als je zuvor (s.o.).**

#### **4) Notwendiger Paradigmenwechsel in der Familienpolitik:**

**Anerkennung der Leistung von Eltern**

#### **41) Die Familienpolitik der letzten Jahre**

**Die Familienpolitik in der BRD hat in den letzten Jahren 3 unterschiedliche Wege eingeschlagen, um die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern und mehr Anreize zu mehr Familiengründungen und zu mehr Kindern zu schaffen; dabei kam der Vereinbarkeit von Beruf und Familie - aus unterschiedlichen, individuell begründeten und gesamtwirtschaftlichen ökonomischen Motiven (Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt) - besondere**

### **Bedeutung zu.**

- Die Einführung von **Elterngeld**
- Der quantitative und qualitative **Ausbau der Kinderbetreuung ( Krippen, Kindergärten. Ganztagschulen )**.
- Die Einführung des sog. „**Betreuungsgeldes**“ ab dem 1.8.2013 für Kinder im 2. und 3. Lebensjahr nach Ablauf der Elterngeldzeit, wenn die Eltern Elterngeld in Anspruch genommen haben.

### **411) ELTERNGELD als „Lohnersatzleistung“**

Das bereits seit 1.1.2007 in die Praxis umgesetzte **ELTERNGELD soll es Eltern ermöglichen**, auf Wunsch in den ersten 12 (14) Monaten das eigene Kind auch „selbst“ zu betreuen und ihm so i. d. R. bessere Lebensstartbedingungen zu schaffen. „Selbst betreuen“ heißt nicht, immer und ganztägig persönlich selbst betreuen, sondern die Betreuung individuell nach Familiensituation zu organisieren; d.h. auch, dass Eltern bis zu 30 Wochenstunden im Monatsdurchschnitt mit Anrechnung des erzielten Einkommens auf das Elterngeld berufstätig sein können (s. Elterngeldgesetz §1,(1)4 und (6)). Der Bezugszeitraum für Elterngeld kann auf 24 Monate ausgedehnt werden, entsprechend wird die Zahlung von Elterngeld anteilig halbiert.

Das Elterngeldgesetz soll - mit Blick auf die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf - den Anschluss der jeweils betreuenden Elternteile an eine vorher ausgeübte Erwerbsarbeit erleichtern und durch den Anreiz für weiteres neues Einkommen fördern.

**Das ELTERNGELD mit minimal 300 Euro und maximal 1800 Euro ist als Lohnersatzleistung zu verstehen**, die das durch „Eigenbetreuung“ ausgefallene Einkommen mit 2/3 des bisherigen Nettoeinkommens in den letzten 12 Monaten in etwa kompensieren soll. Wer aber vor der Geburt eines Kindes kein Einkommen hatte, erhält einen Sockelbetrag von 300 Euro. Ein Nettoeinkommen, das mit 2/3 geringer als 300 Euro ist, wird auf den Sockelbetrag aufgestockt. Zu dieser Kategorie von Eltern zählen Schüler, Studenten, Auszubildende, aber auch Mütter und Väter, die ein 2. oder 3. Kind haben oder haben wollen, aber zwischen den Geburten der Kinder zugunsten der eigenen Betreuungskonzepte nicht erwerbstätig waren. Viele Eltern können sich die Inanspruchnahme von Elterngeld wegen des dabei zu geringen Einkommens nicht leisten und sind dann eher geneigt, auf Kinder zu verzichten, sich auf 1 Kind zu beschränken oder das Kind sehr früh in eine Krippe zu geben. Der Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit ist oft ohnehin problematisch. Das Elterngeld wirkt sich vor allem als positiver Anreiz für mehr Kinder bei gut verdienenden Eltern aus, weil sie leichter auf Einkommensanteile verzichten können und mehr Spielraum haben, um die Kosten von Kindern ohne allzu große Senkung des Lebensstandards aufzufangen. Das Elterngeld ist also ein mehr oder weniger großer Beitrag zur Erhaltung des mit Kindern meist sinkenden materiellen Lebensstandards und ist abhängig von dem 12 Monate vor der Geburt von Kindern erzielten Erwerbseinkommens.

Das Elterngeld kann also den vorübergehenden Ausstieg aus der Erwerbsarbeit zugunsten individueller Kinderbetreuung für diejenigen Eltern erleichtern, die es sich kurzfristig aus materieller Perspektive und mittelfristig aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive leisten können und wollen. **Das Elterngeld als einkommensabhängige Transferleistung ist also keine Leistung der Gesellschaft für die Erziehungs- und Betreuungsleistung der Eltern zur Wahrnehmung ihres „natürlichen Rechts“ und ihrer „ihnen zuvörderst obliegenden Pflicht“ (Grundgesetz Art. 6), sondern eine Ausgleichsleistung für den Verzicht auf Erwerbseinkommen und ein Beitrag zur Erhaltung eines bestimmten Lebensstandards, trotz der Kosten für Kinder. Wenn das Elterngeld auch nicht die selbstständige Arbeitsleistung von Eltern für die Erziehung und Betreuung der Kinder - auch für die Gesellschaft - anerkennt, so leistet es doch zweifelsfrei einen ersten Beitrag zur Förderung des Kindeswohls im ersten Lebensjahr, zumindest für die Kinder, deren Eltern sich die Elterngeldzeit leisten können.** Viele Eltern wünschen gerade in der ersten Lebenszeit ihrer Kinder Kraft und Zeit für die eigene individuelle Betreuung und sparen schon vor der Geburt der Kinder auf eine 2. Jahr Eigenbetreuung. Kinderärzte fordern seit Jahren immer wieder den nachhaltigen Aufbau von festen Bindungen und Vertrauen vor allem für Kleinkinder, um Kinder stabiler werden zu lassen und so späteren psychosozialen Schäden - auch zu Lasten der gesamten Gesellschaft - besser vorzubeugen (s.o.).

### **Zusammenfassung zum Elterngeld**

**Das Elterngeld ist nicht auf die „Leistung Kinderbetreuung“ durch die Eltern ausgerichtet, sondern auf eine bisherige berufliche Leistung, unabhängig von ihrem Familienbezug.** Der zeitweilige Verzicht auf die bisherige Ausübung eines Berufes /einer Erwerbsarbeit und damit auf das Einkommen wird durch entsprechend angepasste Transferleistungen der Gesellschaft „belohnt“ bzw. kompensiert. Diese Transferleistung ist berufs- und einkommensabhängig und nicht abhängig von der Elternleistung. Begünstigt werden zunächst Kleinkinder (Kindeswohl), die Entwicklung der Eltern-Kind-Bindung (Eigenverantwortung und Vertrauensbildung), die Wirtschaft (Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum) und vielleicht auch die Gesellschaft insgesamt, wenn die Geburtenzahl deutlich zunehmen würde. Dies ist aber zurzeit noch nicht deutlich erkennbar. Die Begrenzung der Elterngeldleistungen auf 12(14) Monate ist zunächst ein Kompromiss zwischen allen Aspekten und wird mit Blick auf die Zeit „danach“ sehr verschieden bewertet, auch und gerade von den Eltern selbst.

**Wer - berufs- und arbeitsmarktbedingt - zu wenig Elterngeld beziehen kann, muss trotz Kind/(Kinder) ganz oder teilweise erwerbstätig sein. Eine „echte“ Wahlfreiheit für den Wunsch nach eigener Betreuung eigener Kinder besteht nicht, entsprechend auch weniger Motivation für Familiengründung überhaupt oder für Familiengründung mit mehr als 1 Kind.**

**Wenn das Familieneinkommen also zum Familienunterhalt „ausreicht“, bietet das Elterngeld für viele Menschen zunächst einen hilfreichen Anreiz zur Gründung einer Familie; er ist aber weniger wirksam als erwartet; denn in der Praxis betrieblicher Abläufe bleibt der Wiedereinstieg in den Beruf problematisch und/oder das Elterngeld ist zu gering. Die Chancen, mit der**

**Einführung des Elterngeldes die Eltern-Kind-Bindung zugunsten des Kindeswohls - und damit auch Gesellschaftswohls - zu fördern und zu Familiengründungen zu motivieren, sind zwar gestiegen. Aber auch das Bewusstsein über die Doppelbelastung für Eltern und Kind auf der Doppelschiene Familie und Beruf nach 12 (14) Monaten, wenn die Kinder extern betreut und erzogen werden, nimmt mit zunehmenden Erfahrungen deutlich zu.**

**Die Elternleistung „Kindererziehung und Kinderbetreuung“ als selbstständige Leistung wird im Konzept Elterngeld nicht berücksichtigt, weil sie - im Gegensatz zur Fremdbetreuung durch Erzieher - keinen Marktwert hat. Elternarbeit wird von Politik und Gesellschaft immer noch als gesellschaftlich nützlich und selbstverständliches „Ehrenamt“ angesehen, also als Leistung zum Nulltarif mit entsprechend wenig sozialer Anerkennung. In einem Wirtschafts- und Sozialsystem, das sich vor allem auf Marktmechanismen stützt, sind Leistungen zum Nulltarif wenig attraktiv als Rahmenbedingung für die Gründung von Familien. Heute haben soziale Anerkennung, individuelle Lebenskonzepte und individuelle Freiheiten hohe Priorität und sind besser umsetzbar als je zuvor. Bei einer Scheidungsquote von 40-60% und einem mehrfach verschärften Unterhaltsrecht für erziehende Elternteile wird „Familie“ immer mehr zu einer riskanten Lebensform, die abgesichert werden muss, um von jungen Menschen als attraktiv gewählt zu werden. Die seit Jahrzehnten zu niedrigen Geburtenziffern sind die Reaktionen auf die bisherige „Effektivität“ der Familienpolitik. Der kurzfristig wirksame Anreiz zur „Förderung der Familienarbeit“ kann die Betroffenen offenbar nicht darüber hinweg täuschen, dass die Probleme aus der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Elterngeldregelung nicht gelöst werden können.**

#### **412) Der Ausbau der KINDERBETREUUNG, i. bes. von Krippenplätzen**

**Der quantitative und qualitative angestrebte Ausbau der Krippenplätze, auf die ab 1. 8. 2013 für alle Kinder bis zum Ende des 3. Lebensjahres ein Rechtsanspruch besteht, die Verbesserung des Angebots in Kindergärten/Horten und der Ausbau von Ganztagschulen flankieren die Einführung von Elterngeld und unterstützen das Bestreben vieler Eltern, Familie und Beruf „familienfreundlich“ zu vereinbaren.**

**Gesellschaftspolitisch verstärkt der Ausbau von Krippenbetreuung eine grundsätzlich positive Haltung von Eltern zu mehr Kindern, weil materielle Risiken durch die Wiederaufnahme der bezahlten Berufsarbeit reduziert werden können und Kinder für Eltern leichter zu finanzieren sind. Ob die Betreuung in Krippen dem Kindeswohl und langfristig dem Gesellschaftswohl förderlich ist, wird von vielen Seiten - vor allem von medizinischer Seite - bezweifelt. Studien, die gerade auf die psychischen und entsprechenden sozialen Folgen hinweisen, werden möglichst nicht in die Massenmedien gebracht und zugunsten von früher „Bildung“ von Kleinkindern abgewertet. Dabei konkurrieren Bindung und Bildung. Kinderärzte geben der Entwicklung von früher Bindung an feste Bezugspersonen gerade im Kleinkindalter für den Lebenslauf eines Kindes eindeutig den Vorzug. In unserer Gesellschaft geht es nicht mehr um das biologische Überleben eines Kindes, sondern um seine**

**psychosoziale Entwicklung und Bildung. Die Schwierigkeiten im „wissenschaftlichen“ Nachweis von Ursache und Wirkung und Zurechnung von Einflussfaktoren sind eine geeignete Plattform im Streit um „ideologische Positionen“. So wird das im Vergleich zu Marktdaten weniger messbare „Kindeswohl“ vorerst weiterhin nicht im Brennpunkt der familienpolitischen Diskussion stehen und von anderen Interessen überdeckt werden, denn „Kinder haben keine Lobby“ außer ihren Eltern (s.o.), die zwischen vielen verschiedenen Aspekten „wählen“ müssen.**

**Gesellschaftspolitisch müssen die gesellschaftlichen Kosten von gesundheitlichen und sozialen Problemen berücksichtigt werden, die aus der Doppelbelastung der Eltern und den Folgen der oft wechselnden Zuwendung i. bes. für Kleinkinder entstehen. „Stress in der Krippe“ und „Stress bei den Eltern“ scheinen immer mehr zu Depressionen und Verhaltensauffälligkeiten zu führen, nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Erwachsenen, Trennungen mit allen Folgen für die Familien eingeschlossen. „Einsparungen“ heute führen deshalb schnell zu „Mehrausgaben“ morgen für irreversible Entwicklungen, die von den nächsten Generationen zu tragen sind.**

#### **413) Das BETREUNGS-GELD**

Das nach jahrelangen Diskussionen im November 2012 verabschiedete „Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes“ ab 1. August 2013 hat einen ganz anderen Ansatz als das Elterngeld. Mit dem Betreuungsgeld soll die Wahlfreiheit von Eltern zur Betreuung ihrer Kinder gefördert und die Flexibilität der Eltern im Aufbau privater, ihrer Lebenssituation angepasster Betreuungsmodelle unterstützt werden. Das Betreuungsgeld schließt unmittelbar an die Elterngeldzeit an und kommt so den Wünschen vieler Eltern nach selbst organisierter Betreuung und Erziehung ihrer Kinder entgegen, sofern sie es sich „leisten“ können. Da die Erwerbsarbeit beim Bezug von Betreuungsgeld nicht beschränkt ist, können materielle Verluste zwar ausgeglichen werden, allerdings mit der Gefahr, dass das „Kindeswohl“ zu wenig berücksichtigt wird (s.o.). – Das Betreuungsgeld füllt nur sehr gering die finanzielle Lücke auf, die nach 12(14) Monaten Zahlung von Elterngeld entsteht, wenn die jeweiligen Elterngeldbezieher nicht gleich oder nicht ganz in die Erwerbsarbeit zurückgehen.

**Materiell hilft es Eltern wenig, eher der öffentlichen Hand, die die Subventionen für die Betreuung von Kleinkindern in öffentlich geförderten Institutionen einspart; denn das Betreuungsgeld wird nur gezahlt, wenn für die Betreuung der Kinder keine öffentlich geförderte Institution in Anspruch genommen wird. Diese ist aber für die Gesellschaft wesentlich teurer.**

Das Betreuungsgeld ist eine einkommensunabhängige, für alle Bezieher gleiche Transferleistung, eine Art Fortsetzung des „Erziehungsgeldes“ von 300 Euro. Das Erziehungsgeld wurde bis zum 31. 12. 2006 an alle Erziehenden innerhalb festgelegter Einkommensgrenzen gezahlt und ist vom „Elterngeld“ ab 1. 1. 2007 abgelöst worden

**Nach dem Betreuungsgeldgesetz erhalten somit Eltern (Erziehungsberechtigte), die für Kinder, die nach dem 1. 8. 2012 geboren sind und keine öffentliche oder öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen - also „private Lösungen“ bevorzugen - für das 2. und 3. Lebensjahr des Kindes Betreuungsgeld:  
seit dem 1.8.2013 ein Betreuungsgeld von 100 Euro im Monat,  
-ab dem 1.8.2014 ein Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat.**

Das auf Antrag gezahlte Betreuungsgeld beginnt mit dem 15. Lebensmonat eines Kindes (Elterngeldzeit 12 + 2 Monate) und endet mit dem 3. Lebensjahr. Es wird Unabhängig davon gezahlt, ob und in welchem Umfang Eltern erwerbstätig sind, im Gegensatz zum Elterngeld, das die Erwerbstätigkeit auf 30 Wochenstunden im Durchschnitt eines Monats begrenzt (s. o.). Das Betreuungsgeld erhöht sich um 15 Euro, wenn Eltern es für die Ausbildung oder Altersvorsorge der Kinder ansparen.

**Das Betreuungsgeld ist nach wie vor in Inhalt und Wirkung als Instrument der Familienpolitik umstritten und steht in „Konkurrenz“ zum weiteren Ausbau von Krippen. Die Einführung des Betreuungsgeldes wird für den Staat 1,2 Mrd. Euro (ca. 900.000 Kinder vorausgesetzt, 2. und 3. Lebensjahr), ab 2014 knapp 2 Mrd. Euro kosten, ein relativ kleiner Betrag mit Blick auf den gesamten öffentlichen Haushalt. - Die „ideologische“ Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Bedeutung der Art der Kinderbetreuung, ihre Förderung in welche Richtung, die Wahlfreiheit der Eltern und die wirtschaftspolitische Interessen im Hintergrund bei relativ abnehmender Geburtenzahl, das alles zeigt, dass es bei der Diskussion nicht nur um die Finanzierung geht, sondern um die Bewertung von Familienbildern und Kindeswohl. Die Bezeichnung Betreuungsgeld“, das weniger für die Betreuung selbst als für die selbst organisierte Betreuung gezahlt wird, ist irreführend und wird in der Bevölkerung „als Entgelt für die persönliche und eigene Betreuung“ sehr oft missverstanden. Vielleicht trägt dieses Missverständnis zusammen mit der niedrigen Höhe dazu bei, dass viele Menschen es auch als Ausdruck der Geringschätzung von Familienarbeit ablehnen und die marktorientierte Erwerbsarbeit bevorzugen. Außerdem widerspricht die Zahlung eines Betreuungsgeldes an Eltern für ihre „Betreuungsleistung“ noch sehr einem tradierten Denken, dass Elternarbeit eben mit Geldleistungen nicht aufgerechnet werden kann. Das ist zwar auch richtig, aber in umgekehrter Richtung. Denn „eigentlich“ ist Elternarbeit in vieler Hinsicht so aufwendig, dass sie ohnehin nicht mit Geld aufzurechnen, d.h. auch zu bezahlen ist.**

### **Zusammenfassung zum BETREUUNGSGELD**

**In einer liberalen Gesellschaft müssen Lösungen gefunden werden, die Eltern mehr freie Wahl in der Kinderbetreuung möglich machen. Die Einführung des Betreuungsgeldes leistet dazu einen eher „ideellen“ Beitrag. Weil es entgegen der ursprünglichen Absicht aber auf eine so geringe Höhe herab diskutiert worden ist, kann es nicht wesentlich zu einer Wende in der Familieneinstellung führen. Zur Zeit zwingen ökonomische Gründe viele Eltern in eine Kinderbetreuung, die sie - bei freier Wahl - vor allem für ihre Kleinkinder nicht wirklich wollen, die Kleinkinder im Zweifel ohnehin nicht.**



**Das Betreuungsgeld ermöglicht Eltern zwar grundsätzlich größere Wahlfreiheit für die Gestaltung einer individuellen Kinderbetreuung**, allerdings sind die Grenzen der Freiheit wesentlich bestimmt vom Einkommen der Eltern. Eltern, die ihr Kleinkind ganz selbst betreuen wollen, können es sich bei einem Betreuungsgeld von 100 Euro (150 Euro ab 1. 8. 2014) oft nicht leisten und müssen deshalb zumindest in Teilzeit erwerbstätig sein. Je nach Betreuungslösung auf privater Basis hat das Konsequenzen für das Kindeswohl und für die Altersversorgung der Eltern. Für gut verdienende Eltern hat das Betreuungsgeld einen „Mitnahmeeffekt“, für schlecht verdienende Eltern reicht es für eigene Betreuungsleistungen nicht aus. Ein Betreuungsgeld in der jetzigen Höhe von 100 Euro (150 Euro) im Monat kann deshalb wohl kaum Anreiz für mehr Kinder sein.

**Die lange Diskussion über das pro und contra zur Einführung eines Betreuungsgeldes hat aber zumindest dazu beigetragen, Elternleistung als Leistung für die Gesellschaft auch in der Öffentlichkeit bewusster zu machen, geringe politische und gesellschaftliche „Wertschätzung“ eingeschlossen.** Das Betreuungsgeld, wie es jetzt eingeführt wurde, ist eher Ausdruck von Aufwandsentschädigung für das „Ehrenamt“ Elternschaft, aber nicht materielle Anerkennung von Familienarbeit - im Vergleich zu Erziehergehältern. Zwar sind Eltern im Erziehungsbereich meist noch nicht so gut vorgebildet, haben aber dafür mehr Interesse an ihren Kindern und mehr individuelle Möglichkeiten der Zuwendung für ihre Kinder. **Positive und negative Effekte für das Kindeswohl müssen letztlich von den Eltern selbst in eigener Verantwortung und unter den Aspekten von Familienwohl abgewogen werden (Artikel 6 Grundgesetz). Eltern vielfältige Lösungen zu ermöglichen, entspricht unserer liberalen und pluralistisch ausgerichteten Gesellschaft.**

**Das Argument, dass das Betreuungsgeld „falsch“ verwendet werden könnte, ist nicht überzeugend.** Zum einen ist das Betreuungsgeld kein Beitrag zu den Kosten, die Kinder verursachen, sondern ein geringes Entgelt für eine Elternleistung. Zum anderen wird bisher - im Vertrauen auf die Eltern – weder beim Kindergeld noch bei der Nutzung des Steuerfreibetrages für Kinder nach der Verwendung gefragt. Wer so gegen das Betreuungsgeld argumentiert, muss noch weniger Vertrauen in die Eltern haben bei der Verwendung von Betreuungsgeld als in die bisher unkontrollierte Verwendung von Kindergeld und Steuerfreibeträgen, die tatsächlich für die Kinder gezahlt werden und nicht für die Elternleistung.

**Das Betreuungsgeld kann tatsächlich in schwierigen familiären Verhältnissen die frühe externe Förderung von Kleinkindern einschränken, weil Eltern so mehr Liquidität der manchmal notwendigen Förderung ihrer Kinder vorziehen. Es gibt aber in der Praxis viele Möglichkeiten, dies in Einzelfällen zu verhindern oder das Betreuungsgeld an Bedingungen zu knüpfen. Es kann und darf nicht der gesamten Elternschaft ein Verhalten unterstellt werden, das nur auf eine Minderheit zutrifft und das - mit oder ohne Betreuungsgeld - schon jetzt mit Kindergeld oder Freibeträgen für die Kinder unkontrolliert praktiziert wird oder werden kann.**

Ab 1.8.2013 hat jedes Kind unter 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz , wenngleich nur für 30 % der Kleinkinder Plätze eingerichtet werden.

Da die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in unserer Gesellschaft ein unumkehrbarer Trend ist, wird der Bedarf – schon jetzt absehbar – im Zweifel größer sein als das Angebot. Ein Betreuungsgeld könnte für Eltern vorübergehend Anreiz sein, knappe Krippenplätze nicht zu nutzen, Betreuungsgeld zu beantragen und die Kosten eines Krippenplatzes einzusparen, um so die Betreuung familiengerecht zu organisieren. Die größten Einsparungen aber wird die öffentliche Hand haben (s.o.). Da ein Krippenplatz mit ca. 1000 Euro pro Monat durchschnittlich veranschlagt wird, wäre ein Betreuungsgeld von 100 (150) Euro im Monat für die öffentliche Hand durchaus lukrativ und könnte dem Kindeswohl außerdem noch förderlich sein. Dennoch wird das „Betreuungsgeld“ bisher in weiten Kreisen weiterhin abgelehnt mit der Forderung, die öffentlichen Gelder effektiver für den quantitativen/ qualitativen Ausbau von Krippen zu verwenden. Das Gutachten zur „Gesamtevaluation von ehe- und familienbezogenen Leistungen“, erstellt vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat diese Haltung bestätigt. Es muss jedoch sehr bezweifelt werden, ob wirtschaftswissenschaftliche Kriterien allein die wesentlichen Kriterien für eine „effektive“ Familienpolitik sein dürfen( s.o.)

#### **414) Elternschaft auf dem Prüfstand einer gesellschaftlichen Bewertung**

**Für die Bewertung von Elterngeld, Betreuungsgeld oder den weiterer Ausbau von Betreuungsangeboten sind nicht nur verschiedene ideologisch orientierte Familien -und Menschenbilder entscheidend. Der steigende Arbeitskräftemangel und die drohende künftige Altersarmut durch die relativ sinkende Geburtenzahl der letzten Jahrzehnte haben den gesamtwirtschaftlichen Interessen ein großes Gewicht gegeben und deshalb die Vereinbarkeit von Beruf besonders begünstigt. Wie „wohl“ sich Kinder und Eltern dabei entwickeln, wird erst die Zukunft zeigen. Familienwohl, Kindeswohl und Gesellschaftswohl werden weiter konkurrieren.**

**Solange unsere Gesellschaft nicht bereit ist, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen und zu finanzieren, werden die Geburtenraten weiterhin zu niedrig bleiben und die Gesellschaft verstärkt auf Zuwanderungen angewiesen sein. Dabei werden materielle Bedingungen sicher nicht die einzigen wesentlichen Gründe sein, um Menschen für Familiengründungen und mehr Kinder als bisher zu gewinnen. Denn die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft heute lassen die Wahl von sehr verschiedenen Lebenskonzepten zu. Die Gründung einer Familie ist sicher nach wie vor ein wesentliches Lebensziel, aber nicht mehr so selbstverständlich, wie Politiker es gerne glauben - wollen. Solange die elterliche Betreuungs- und Erziehungsleistung zum Nulltarif erwartet und von der Gesellschaft nicht angemessen finanziell ausgeglichen und abgesichert wird, bleibt die Familienarbeit für die Gesellschaft sozial unterbewertet und damit als selbstständige Leistung für viele junge Menschen unattraktiv.**

**„Familie heute“ scheint immer mehr so organisiert zu sein, dass sie „nebenher“ mitläuft, die eigentliche Basis zum Leben/Überleben liegt in der Erwerbsarbeit. Wenn Eltern -und Familienarbeit zu einer Art „Berufsarbeit“ mit einer angemessenen Bezahlung werden würde, könnte die Elternleistung auch ideell wieder so aufgewertet werden, dass sie als gesellschaftlich notwendige Arbeit**

**mehr Anerkennung findet und entsprechend auch wieder mehr von jungen Menschen wahrgenommen wird. Das fordert nicht nur der Blick auf die materielle Zukunftssicherung, auch der Renten. Die trotz aller Förderung von Familien noch immer starke materielle Benachteiligung von Menschen mit Kindern gegenüber Menschen ohne Kinder wird als besonders ungerecht betrachtet. Die relativ abnehmende Kinderzahl ist die Antwort darauf.**

**Tradiertes Denken, das die Entscheidung für Elternschaft mit Liebe und Vertrauen verbindet, ist sicher auch weiterhin noch gültig. Aber abwägend rationales Denken konkurriert damit; jeder entscheidet eigenverantwortlich und keiner kann zur Elternschaft „gezwungen“ werden. Der demokratische politische Prozess muss sich an den gesellschaftlichen Wertewandel im Sicherheitsdenken künftiger Eltern anpassen oder durch veränderte Rahmenbedingungen auf Veränderungen des Wertgefüges einwirken.**

Kosten- und Nutzendenken passen zwar nicht in tradierte Werte zur Elternschaft, es gewinnt aber an Gewicht. Wenn auch der Nutzen von Kindern nicht quantifizierbar ist, so sind es doch die Kosten und die Lebensalternativen. Immer häufiger werden Berechnungen über die Kosten für Kinder veröffentlicht und in den Medien auch diskutiert.

**Solange unsere Gesellschaft sich weigert, sich nicht umfassender an den hohen Kosten der Stützung von gesellschaftserhaltender Elternschaft inklusive einer zukunftsorientierten Absicherung solidarisch zu beteiligen und an den realistischen Verhaltensweisen junger Menschen vorbei schaut, sollte keine Klage erhoben werden, dass unsere tradierte Gesellschaft zum Aussterben verurteilt ist. Es liegt in der Hand aller, darüber mitzubestimmen, was uns was wert ist.**

#### **42) Kinderbetreuung und Kindererziehung mit ERZIEHUNGSGEHALT**

**Leistungen werden in unserer Gesellschaft materiell vor allem dann anerkannt, wenn sie Bestandteil des Arbeitmarktes sind. Maß der Anerkennung ist überwiegend das jeweilige Einkommen, das für jeden Einzelnen Grundlage seines eigenen Lebensstandards ist. Einkommenslose Leistungen werden mit den Begriffen „Ehrenamt“ oder „Idealismus“ bestenfalls wohlwollend anerkannt, können aber zum Überleben nichts beitragen und müssen deshalb anderweitig durch Einkommen bereits abgesicherter Personen erbracht werden. Die Arbeit von Eltern für ihre Kinder, ihre Betreuung und Erziehung, ist bisher eine solche „einkommenslose“ Leistung: Sie hat für die Eltern immer noch subjektiv einen hohen Wert, wengleich einen zunehmend begrenzten, wie die relativ abnehmende Geburtenziffer zeigt. Für die Gesellschaft hat die Leistung von Eltern aber einen objektiv hohen Zukunftswert, da die Geburt von mehr Kindern zur Erhaltung der Gesellschaft, zum Wachstum von Wirtschaft und zur sozialen Absicherung einer immer älter werdenden Gesellschaft beiträgt. **Trotz aller alten und neuen „familienpolitischer Maßnahmen“ ist es bisher nicht gelungen, eine deutliche Wende in der Geburtenentwicklung zu erzielen.** Denn die Familienpolitik verkennt offenbar, dass Familiengründung heute wesentlich mit dem „Kostenfaktor Kind“**

zusammenhängt, aber darüber hinaus auch mit Abhängigkeiten innerhalb der Familie und vom Arbeitsmarkt. Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf begünstigt Unabhängigkeit und materielle Sicherheit, unterschätzt aber die Bedürfnisse von Eltern nach persönlicher Elternarbeit in eigener Verantwortung für ihre Kinder mit mehr Zeit und weniger Doppelbelastung von Familie und Beruf. Entsprechend werden keine oder relativ weniger Kinder geboren und/oder ihre Betreuung abgegeben. **Eine materielle Anerkennung der Elternleistung in Form eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehaltes oder Erziehungseinkommens ist ein ganz anderer und wahrscheinlich auch effizienterer Ansatz in der Familienpolitik. Denn er kommt den Bedürfnissen vieler Eltern nach mehr materieller Sicherheit und größerer Unabhängigkeit „trotz Elternschaft“ entgegen.**

Die bisherige - unzureichende - Entlastung der Eltern von den unmittelbaren Kosten für Kinder durch Kindergeld/Steuerfreibeträge und der Ausbau der Kinderbetreuung hat bisher offenbar nicht die erhoffte Wirkung. Umdenken ist notwendiger denn je!

**Kinderbetreuung in der Familie** wurde bisher traditionell positiv eingestuft, wird heute aber aus verschiedenen konkurrierenden Gründen zunehmend in Frage gestellt, Dabei spielen der familiäre Hintergrund, das Wertesystem, das Alter der Kinder, Sicherheitsstreben und die Ausbildung der Eltern eine wichtige Rolle ( z.B. Elternkompetenz, Bildungsdiskussion ). **Die persönliche Eigenbetreuung** allerdings führt auch unter den jetzigen familienpolitischen Förderungen allzu leicht zu **familiären Abhängigkeiten**, die mit Blick auf die Alterssicherung, die hohen Scheidungsquoten und das neue Unterhaltsrecht immer weniger Akzeptanz haben. **Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat deshalb einen immer größeren Stellenwert erhalten.**

**Wenn Kinder für die Gesellschaft wieder Wert und mehr Kinder wieder mehr Wert haben sollen**, muss sie – durchaus „marktgerecht“ – mehr einbringen, d.h. mehr realitätsnahe Anreize schaffen und Elternleistungen als selbständige Leistungen – vor allem in der Kleinkindphase - materiell besser anerkennen und langfristig auch absichern. Appelle an eine „lebenserfüllende Elternschaft“ nützen heute ebenso wenig wie die Beteiligung an den Kosten für Kinder, wenn Alternativen zur freien Wahl stehen und häufig als attraktiver im Sinne größerer Sicherheit und Freiheiten angesehen werden. Darum müssen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass sie den Grundbedürfnissen von Eltern entgegenkommen und ihnen zumindest freie Wahl in der Betreuungsart ihrer Kinder lassen. **Der materielle Druck darf - im Interesse der Gesellschaft und ihrer Kinder – nicht dazu führen, dass junge Menschen auf Kinder ganz verzichten oder sie so frühzeitig abgeben müssen, dass Kinder und Eltern Schaden nehmen.** Denn je kleiner die Kinder sind, desto größer ist im Zweifel der Stress auf beiden Seiten. Auch moderne und differenzierte Bindungstheorien bestätigen, dass frühkindliche Bindungen gerade in den ersten 3 Lebensjahren wichtiger sind als frühkindliche Wissensvermittlungen (s.o.).

Deshalb ist es wichtig – unabhängig von allen Idealen - **Familienarbeit für Kinder als Leistung mit einem für die Zukunft auch sozial abgesicherten Erziehungsgehalt anzuerkennen, gerade für die ersten Lebensjahre. Familienarbeit entzieht sich - bei aller Liebe - keineswegs allen rationalen Maßstäben.** Denn Kinder bringen nicht nur Lust, sondern auch Frust und oft auch

große Belastungen auf vielen Ebenen. Die jeweils vorgegebenen **Rahmenbedingungen für Familien** werden von der Gesellschaft gesetzt, sie sind durchaus **variabel**, prägen das Bewusstsein und sind wesentliche **Entscheidungsgrundlage**. Deshalb müssen die Familiensicherheiten für alle Beteiligten ausgebaut werden. **Elternschaft ist und bleibt auch in unserer sozial orientierten Gesellschaft noch immer eine „riskante Lebensform“, deren Grundlage, die Kinder, unauswechselbar ist. Gesellschaftliche Aufklärung, mehr sachliche Informationen, weniger ideologisch gefärbte Thesen und mehr Erkenntnisse in öffentlichen Institutionen darüber, was Eltern wirklich unter welchen Bedingungen wollen, könnten Familienverhalten und Familienpolitik vielleicht wieder näher bringen.** Der demografische Wandel ist nicht aufzuhalten, aber langfristig durch mehr Kinder und weniger psychosoziale individuelle und gesellschaftliche Belastungen vielleicht doch noch in ein besseres Gleichgewicht zu bringen als es zur Zeit prognostiziert wird.

Der Philosoph der Aufklärung Immanuel Kant hat gesagt: „Aufklärung ist die Befreiung des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. In Analogie dazu lässt sich sagen: **Familienpolitische Aufklärung ist die Befreiung der Gesellschaftspolitik aus ihren selbst verschuldeten Träumen; denn Träume sind es, dass Familien auch ohne materielle und immaterielle gesellschaftliche Anerkennung/Absicherung die Pfeiler der Gesellschaft bleiben und Liebe noch immer das allein tragende Fundament der Entscheidungen zum Thema Familiengründung sei! Der heutigen Wahlfreiheit in der Entscheidung für oder gegen Kinder muss die Wahlfreiheit für die Betreuung folgen; dies muss in einer liberal orientierten Gesellschaft eine „echte Wahlfreiheit“ sein, die es Eltern erlaubt, die Kinderbetreuung so zu organisieren, wie es ihren Überzeugungen entspricht. Sonst können letztlich potentielle Eltern vielleicht doch eher auf Kinder verzichten als die Gesellschaft.**

#### **43) Die Kosten einer gesellschaftserhaltenden Familienpolitik**

**Viele Berechnungen** zu den Kosten familienpolitischer Maßnahmen existieren bereits, unterschiedliche Hypothesen führen zu unterschiedlichen Ergebnissen und zu entsprechend unterschiedlichen Positionen zu einzelnen Konzepten.

**Auch das Modell eines sozialversicherungspflichtigen „Erziehungsgehalts“** ist bereits von verschiedenen Seiten durchgerechnet und mit den Kosten familienpolitischer Fördermaßnahmen abgeglichen worden. Zur Zeit werden für ca. 160 ehe- und familienpolitische Fördermaßnahmen ca. 150 – 200 Mrd. Euro pro Jahr - je nach Zurechnung – ausgegeben, die überprüft, ggf. aufgerechnet und/oder durch eine „Familienabgabe“ (**Familiensoli**) ergänzt werden könnten. Der Unterschied ist nicht so groß, wie befürchtet, - ob politisch gewünscht und durchsetzbar, wird die künftige Diskussion in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zeigen.

**Die Entscheidung über die Zukunft unserer Gesellschaft - ihre soziale Orientierung und kulturelle Struktur - liegt in den Mechanismen eines demokratischen Prozesses, der ohne Aufklärung und Wertung nicht auskommt. Der „mündige“ Bürger entscheidet in Sachen Familie für sein eigenes Leben, - nicht nach Kriterien von Gesellschafts- und Menschheitserhaltung. Deshalb muss Familienpolitik den einzelnen Menschen mit seinen Werten im Auge behalten und nicht auf Hoffnungen setzen, die an den Werten und am offensichtlichen Verhalten von immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft vorbei gehen.**

#### **44) Das Doppelverdienermodell als Leitbild, mit Erziehungsgehalt**

**Der starke Trend zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt, dass Eltern die Problematik von Familiengründungen durchaus rational betrachten, sich aus traditionellen Familienbildern gelöst haben und die wirtschaftlichen und persönlichen Risiken durch doppelte Erwerbstätigkeit reduzieren wollen. Umfragen haben bereits gezeigt, dass dieses Ideal „Doppelverdienerfamilie“ an Boden gewinnt (z. B. Horst W. Opaschowski/ Presseinformation Ipsos, Februar 2013). Wirtschaftliche und persönliche Absicherung der Familie hat Vorrang vor der familiären Betreuung von Kindern, i. bes. Kleinkindern.**

**Unser Wirtschaftssystem ist auf die Einkommenserzielung durch Erwerbsarbeit mit sozialen Korrekturen ausgerichtet (Soziale Marktwirtschaft). Die Familienpolitik hat in den letzten Jahren - dem „Ideal Doppelverdienerfamilie“ und den arbeitsmarktpolitischen Interessen der Wirtschaft folgend - den Schwerpunkt auf die Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile gelegt. Die Angebote für die Kinderbetreuung in öffentlich geförderten Institutionen, vor allem im Krippenbereich, sind durch Sonderprogramme erheblich erweitert worden. Damit wurde und wird der Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit erleichtert und die wirtschaftliche und persönliche Absicherung der Eltern bei Familiengründung begünstigt. Welche Konsequenzen das für das „Wohl“ von Kindern, i. bes. Kleinkindern, Familien und Gesellschaft insgesamt hat und haben kann, wurde bereits oben dargelegt.**

**Ein sozialversicherungspflichtiges ERZIEHUNGSGEHALT, abgestuft nach Alter der Kinder, das von allen Mitgliedern der Gesellschaft getragen wird, könnte zu einer der beiden Doppelverdienstquellen ausgebaut werden. Damit wären Familien nicht nur abgesichert, sondern könnten sich auch wieder mehr den Zielen widmen, um derentwillen sie im Zweifel überhaupt Kinder haben.**

**Mehr Zeit für die Kinder, mehr Zeit für die Familie, mehr Zeit für stressfreie Erziehung sind Wünsche von Eltern, die sich immer wieder nur schwer mit dem Doppelverdienermodell auf der Basis von Erwerbsarbeit vereinbaren lassen. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass die Erfahrung mit der Praxis der Familie und des Doppelverdienens Eltern wieder nachdenklicher macht, ob sie das wirklich wollen: den Stress auf allen Seiten. Eine Rückkehr in das Familienmodell der 50iger, 60iger Jahre will keiner mehr, aber auf größere wirtschaftliche Sicherheit in Gegenwart und Zukunft will und kann auch keiner verzichten.**

**In einer Zeit freiwilliger Familiengründungen muss Familienpolitik dafür sorgen, dass junge Menschen sich wieder gern für Familien und mehr Kinder als bisher entscheiden. Dafür ist ein radikales Umdenken, ein radikaler Paradigmenwechsel der Familienpolitik notwendig. Kinder dürfen sein, müssen aber nicht sein. Positives Denken bei der Familienplanung begründet auszubauen, muss oberstes Ziel der Familienpolitik sein. Sie kann und soll nicht alles abdecken, aber viel mehr als bisher. Es bleibt für das „Unternehmen Familie“ noch genügend Spielraum für eigene Familienleistungen übrig, die einem Wandel von der auf Marktleistung ausgerichteten Leistungsgesellschaft zu einer auf Transferleistung ausgerichteten Anspruchsgesellschaft vorbeugen werden.**

**Wie Kindheit gestaltet und erlebt wird, hängt wesentlich von der Kultur ab, in der sie stattfindet. Sind wir auf dem Wege, uns selbst nicht nur nach Kinderzahl sondern auch kulturell abzuschaffen? Machen wir das Thema Kind und Familie immer mehr zur „Nebensache“, mit immer mehr Entfremdung von Kindern, mit immer weniger Zusammenleben und entsprechend immer weniger sozialem Verständnis?!**

**In welcher Kultur wollen wir unsere Kinder aufwachsen sehen, wie schätzen wir unsere eigene Zukunft und die Zukunft unserer Kinder ein?! Dazu können und müssen auch die politischen Institutionen die Weichen unseres Denkens und Handelns durch überzeugende Familienförderung stellen: denn wir selbst werden darüber entscheiden, ob wir Kinder haben wollen oder nicht, kein anderer. Und wir entscheiden nicht nach Kriterien von Menschheits- und Gesellschaftserhaltung, sondern nach unseren eigenen Vorstellungen von unserem eigenen Leben, einem Leben mit oder ohne Kinder!**

#### **IV) ELTERNCHAFT als „Beruf“ und mit „Beruf“**

**Elternschaft ist mehr als „Beruf“ und weniger als „Beruf“, je nach Betrachtung.**

**Elternschaft ist qualitativ „mehr“ als ein einkommensorientierter und auswechselbarer Beruf, weil mit ihr eine lebenslange, wechselseitige und auch juristisch unauflösbare Verbindung und Verantwortung zwischen Eltern und Kindern hergestellt wird, die in emotionalen Beziehungen begründet ist. Elternschaft ist außerdem über viele Jahre mit einem über jede Berufsarbeit hinausgehenden Arbeitseinsatz für eine möglichst gute Entwicklung der Kinder verbunden. Elternschaft entzieht sich – traditionell gesehen – allen berechenbaren Maßstäben und Vergleichen. Sie steht zunächst mit eigenem Gewicht außerhalb der in unserer Gesellschaft überwiegend geltenden Marktgesetze. Entsprechend ist Familienarbeit keine Leistung für den Markt, sondern zunächst eine einkommenslose Leistung für die Familie selbst, die bisher anderweitig materiell abgesichert werden muss. Dies geschieht meist durch Erwerbsarbeit der Eltern und durch mehr oder weniger hohe direkte und indirekte soziale Leistungen der Gesellschaft. Elternschaft besteht zwar lebenslang, die Leistungsanforderung an Elternschaft nimmt mit zunehmendem Alter der Kinder aber ab und setzt damit neue Kapazitäten frei für „andere Berufsarbeit“.**

**Elternschaft ist quantitativ „weniger“ als ein einkommensorientierter Beruf, weil sie nicht auf den Erwerb von Einkommen zum eigenen Lebensunterhalt ausgerichtet ist, sondern auf das Zusammenleben mit heranwachsenden Kindern und ihre Erziehung, zunächst unabhängig von materiellen Aspekten. Die Sicherung des Lebensunterhaltes für die Familie ist Voraussetzung für Elternschaft, aber nicht ihr primäres Ziel. Elternschaft benötigt außerdem prinzipiell keine Ausbildung und keine Verträge und wird von den Eltern selbst in eigener Verantwortung für die Kinder wahrgenommen. Rechte und Pflichten der Eltern unterliegen im Interesse aller Beteiligten innerhalb der geltenden Rechtsnormen allerdings einer sozialen Kontrolle (Artikel 6 Grundgesetz).**

**Elternschaft beruht auf individuellem Interesse an Familie; denn Familien als meist verlässlichste Lebensgemeinschaft sind Lebensbasis und Vertrauensbasis für jeden. Gesamtgesellschaftlich gesehen erbringen Eltern allerdings über ihre individuelle Entscheidung für eine Familie hinaus mit der Betreuung und Erziehung der Kinder zu möglichst „mündigen“ und „gesellschaftsfähigen“ Bürgern auch eine wesentliche Leistung für die Zukunft der Gesellschaft. Diese Leistung bemisst sich nicht nur an den Ausgaben, sondern auch an hohem und unvorhersehbarem Lebenseinsatz für die Kinder. Viele familienpolitische Maßnahmen unterstützen diese Elternleistung zwar, vor allem durch partielle Kostenentlastungen und den Betreuungsausbau; sie gehen aber immer noch an den wesentlichen Bedürfnissen junger Menschen für ihr eigenes Leben vorbei, Bedürfnisse, die sich durch die Wahlfreiheit bei der Familiengründung heute mehr als je zuvor an Sicherheiten und Flexibilitäten orientieren, wie sie andere Lebenskonzepte bieten.**

**Elternschaft hat, wie die seit Jahrzehnten zu geringen Geburten zeigen, an Attraktivität verloren und an rationalen Erwägungen gewonnen, zumindest im praktischen Ergebnis. Nach einer Umfrage des Instituts für Zukunftsfragen z. B. nennen 2/3 potentieller Eltern die hohen Kosten von Kindern und ebenso fast 2/3 die größere Unabhängigkeit und Karriereprobleme als Argumente gegen Familiengründungen („Forschung aktuell, Nr. 248, 1.8.2013). Damit sind Gründe aufgezeigt, die zwar nicht in traditionelles Denken zum Thema Familienglück und Kosten passen, die bisher auch eher als unangemessen bis peinlich gelten! Aber die Einstellungen zu Familiengründungen haben sich gewandelt, konnten sich auch durch bessere Familienplanung wandeln. Kostenaspekte und Überlegungen zu Einkommen und Unabhängigkeit sind bei Familiengründungen immer mehr in den Vordergrund gerückt. Kinder kosten für die Eltern durchschnittlich ca. 120.000 Euro bis zum vollendeten 18. Lebensjahr (Statistisches Bundesamt, Daten 2006), die Leistung der Familienarbeit - bisher zum Nulltarif - und der öffentlichen Institutionen nicht eingeschlossen. Offenbar zeigen die Bürger, dass fehlende Sicherheit und Unabhängigkeit doch mehr gegen Familiengründungen sprechen als bisher angenommen wurde und wird. Damit sind Wege für die Familienpolitik gewiesen, die noch unbequem zu denken sind, aber unverzichtbar werden - für mehr Kinder, für ihre psychosoziale stabilere Entwicklung und für unserer Gesellschaft insgesamt..**

**Deshalb:**



**Familiengründungen dürfen kein „Lotteriespiel“ sein, Kinder dürfen kein fast unausweichliches Armutsrisiko für die Eltern werden, weder heute noch morgen. Elternschaft muss als selbstständige Arbeitsleistung mit einem Erziehungsgehalt für Betreuung und Erziehung und sozialer Absicherung anerkannt werden. Dieses Erziehungsgehalt für Familienarbeit muss im Prinzip zunächst unabhängig von Zuschüssen der Gesellschaft zu den Kinderkosten gezahlt werden. Ein „Erziehungsgehalt für alle Eltern“ wäre wie ein „Grundeinkommen für Eltern“, also ein bedingtes Grundeinkommen.**

**Mit einem Erziehungsgehalt können Eltern dann mit mehr „echter“ Wahlfreiheit als bisher ihre Eigenverantwortung nach Art. 6 Grundgesetz wahrnehmen und entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst erziehen wollen oder von wem sie sie erziehen lassen. Eltern mit Erziehungsgehalt können sich also auch entscheiden, ihre Kinder gegen Geld außerhalb der Familie betreuen und erziehen zu lassen, ggf. unterstützt mit Erwerbseinkommen. Bisher haben viele Eltern wegen zu geringen und unsicheren Familieneinkommens durch Erwerbsarbeit diese „echte“ Wahl zwischen Eigen- und Fremdbetreuung eben nicht. In einer sich immer mehr beschleunigenden und komplexeren, d. h. auch undurchschaubareren Welt wird sich wahrscheinlich immer häufiger die Frage stellen: „Warum überhaupt Kinder?“**

**Kinder brauchen „Zuwendung“ und „Zeit“ vor allem von ihren Eltern. Zuwendung und Zeit für Kinder aber werden immer knapper, je stärker Familie und Beruf konkurrieren. Der organisierte Familienstress macht nachhaltige Bindungserfahrungen - vor allem für Kleinkinder - immer geringer, das Zusammenleben in der Familie wird immer schwieriger. Eine gefährliche Entwicklung für eine Gesellschaft, die für sich immer noch den Anspruch erhebt, mehr zu sein als ein wirtschaftlich-technisch-wissenschaftlich gut funktionierendes Staatswesen.**

**Der Grundsatz unseres Wirtschaftslebens: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ lässt sich schwer auf die Elternleistung direkt übertragen. Zum einen sind Elternleistungen auf der Grundlage von emotionalen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern keine bezifferbaren „Marktleistungen“ (im Gegensatz zum Beruf der Erzieher und Lehrer), zum anderen sind die Eltern-Kind-Beziehungen nicht austauschbar und letztlich ist der Einsatz von Eltern „rund um die Uhr“ mit keiner Marktleistung vergleichbar, die im Wirtschaftsleben abverlangt wird. – Die lang anhaltende Diskussion über das Betreuungsgeld, das letztlich auf dem niedrigen Niveau von 100/150 Euro vom Gesetzgeber zum 1.8.2013 beschlossen wurde, zeigt, wie gering die Elternleistung für die Kinder und die Gesellschaft geachtet wird. Was „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ im Falle von Elternschaft ist, ist sicher schwer bestimmbar, weil Kriterien für eine „echte“ Vergleichbarkeit immer leicht bestritten werden können. Aber sicher kann ein Betreuungsgeld auf der Basis von 100/150 Euro im Monat, auch wenn es nicht einmal an die eigene persönliche Betreuung gebunden ist, keine wesentliche Entscheidungshilfe für eine Familiengründung sein. Das Betreuungsgeld könnte sogar eher in die negative Richtung wirken: denn wenn die Elternleistung der Gesellschaft so wenig wert ist und andere Leistungen für Wirtschaft und**

**Gesellschaft, inklusive externe Erziehungsleistungen, so viel mehr wert sind, dann zeigt das nur die geringe Bedeutung von Elternschaft in Politik und Wirtschaft oder unrealistische Annahmen über Familienverhalten. Wen würde es erstaunen, wenn unter Abwägung aller Aspekte noch weniger Kinder geboren werden würden, Eltern zugunsten ihrer Sicherheit jetzt und später in die Erwerbsarbeit mit Einkommen „fliehen“, die Betreuung ihrer Kinder lieber abgeben als immer „ärmer und abhängiger“ zu werden?**

**Noch ist Elternschaft kein „Beruf“ und wird es auch aus den oben genannten Gründen kaum werden können. Persönliche Familienleistungen sind eben nicht 1:1 mit beruflichen Leistungen zu vergleichen. Aber das tradierte Modell „Elternschaft als Ehrenamt“ hat in einer zunehmend rational orientierten Welt mit Recht solange immer mehr ausgedient, wie die Arbeitsleistung von Eltern nicht nur materiell nicht anerkannt wird, sondern außerdem durch die Übernahme hoher Kinderkosten zu materiellen Belastungen führt, die als besonders „ungerecht“ angesehen werden mit Blick auf die gesellschaftliche Leistung der Eltern. Dies gilt vor allem gegenüber Kinderlosen als Nutznießer späterer Rentenzahlungen. Die Art und Weise, wie Elternschaft praktiziert wird, entscheidet wesentlich über das Kindeswohl. Das Kindeswohl als Ausdruck einer gesunden Entwicklung von Kindern entscheidet auch über die Zukunft der Gesellschaft. Elternschaft kann als „Ehrenamt“ praktiziert werden - oder mehr oder weniger „neben“ der Erwerbsarbeit mit externer Kinderbetreuung - oder als gesellschaftlich unentbehrliche Eigenleistung mit entsprechender Finanzierung durch die Gesellschaft. Die Bewertung liegt im gesellschaftlich politischen Prozess.**

**Heute muss keiner Kinder haben, aber viele Menschen können oder wollen Kinder haben, wenn ihnen die Zukunft mit Kindern und die Zukunft für ihre Kinder „lohnenswert“ genug erscheint. Dafür zu sorgen ist - in Analogie zu Artikel 6 Grundgesetz über Rechte und Pflichten der Eltern – die der Familienpolitik als Gesellschaftspolitik „zuvörderst obliegende Pflicht“. Denn:**

***„Ohne Zukunft keine Kinder, ohne Kinder keine Zukunft“***